

# Das Konzept steht

WA 22.6.18

**Region** Um Überschwemmungen wie im Jahr 2015 zu verhindern, sind Schutzmassnahmen für gut 27 Millionen Franken in Planung. Wilen hat den grössten Gemeindeanteil zu zahlen. Dorfbewohner äussern sich kritisch.

Simon Dudge

simon.dudge@wilerzeitung.ch

Die Erinnerungen sind noch wach. Drei Jahre ist es her, seit ein kurzes, aber heftiges Unwetter nördlich der Stadt Wil niedergelassen ist. Die Bäche der Region konnten die Wassermassen nicht schlucken und selbst die Autobahn A1 wurde bei der Einfahrt Wil geflutet. «Die letzten 100 Jahre haben wir zu wenig gemacht im Hochwasserschutz und den Gewässern den Raum genommen», sagt Wilens Gemeindepräsident Kurt Enderli.

Seit 2015 wurden unter Federführung des Kantons Thurgau im Rahmen eines Vorprojekts Massnahmen erarbeitet, die am Mittwochabend der Öffentlichkeit vorgestellt worden sind. Die Projektverantwortlichen hatten zuvor zwei Varianten gegeneinander abgewogen. Die teurere hätte 44 Millionen Franken gekostet und einen Entlastungskanal zur Abwasserreinigungsanlage (ARA) Freudenu vorgesehn. Umgesetzt wird aber die andere Variante für 27,3 Millionen Franken. Sie sieht einen zweiten Dicker unter der Autobahn A1 sowie den Ausbau der heutigen Situation vor. Will heissen: Die Profile des von Rossrüti über Wil nach Rickenbach fliessenden Krebs- und des von Kirchberg kommenden Alpbachs werden vergrössert und – wo möglich – in ihre ursprüngliche Form zurückversetzt. Auf Rickenbacher Gebiet wird der Krebsbach an den Bahndamm verlegt. Der von Sirnach kommende Hueb- und der Wilener Meienmättelbach werden offen geführt, wo dies möglich ist. Wo es nicht möglich ist, sind die Leitungen zu vergrössern.

## Astra und Kantone leisten den Bärenanteil

Zudem sind zwei Überflutungsräume vorgesehen, wo das Wasser des Hueb- und des Alpbachs bei sehr starkem Regen kontrolliert auslaufen kann. Ein solcher



Ein solches Bild wie am 14. Juni 2015 soll es dank den Hochwasserschutz-Massnahmen nicht mehr geben.

Bild: Ralph Ribi

Raum ist in der Nähe des Zusammenflusses von Alp- und Meienmättelbach, einer beim Hueb- bach nahe der Ortsgrenze Wilen/Sirnach geplant. Das Wasser fliesst dort verzögert ab. Nach dem Ereignis werden diese Landwirtschaftsgebiete wieder instand gestellt und Ertragsausfälle entschädigt. Auch der Schutz von Objekten, die gemäss einer Gefahrenkarte bedroht sind, sind Teil der Schutzmassnahmen.

Die Gemeindebehörden von Rickenbach und Wilen sowie der Stadtrat Wil stehen hinter dem Projekt. Der Kostenteiler sieht vor, dass das Bundesamt für Strassen Astra und die Kantone Thurgau und St. Gallen rund 17 der 27,3 Millionen Franken beisteuern. Auf Wil entfallen 3,61 Millionen, auf Rickenbach 2,64 Millionen. Den grössten Gemein-

deanteil hat Wilen mit 3,8 Millionen Franken zu tragen. «Wilen hat das grösste Schadenspotenzial der drei Gemeinden. Mit dem Schutzprojekt kann aber in Wilen auch am meisten Schaden verhindert werden. Wilen ist in der Lage, diesen Betrag während fünf

bis zehn Jahren zu übernehmen», sagt Enderli. Privatpersonen zahlen 0,2 Millionen.

## Voraussichtlich keine Volksabstimmung nötig

Bei der Fragerunde wurden kritische Stimmen laut. Alois Wiesli

## In Wil ist der Damm die grösste Herausforderung

Losgelöst vom Hochwasserschutzprojekt der Gemeinden Wil, Rickenbach und Wilen ist die Stadt Wil daran, sechs weitere Sanierungsmassnahmen vorzubereiten. Je eine in Maugwil und Bronschhofen und zwei in Rossrüti. Auf städtischem Gebiet soll die Krebsbachunterführung der Konstanzerstrasse sicherer ge-

macht werden. Die grösste Herausforderung ist laut Stadtrat Daniel Stutz die Verstärkung des Damms bei der Oberen Weierwiese. Es darf nur so viel Wasser durchgelassen werden, dass die Dücker bei der Autobahn nicht überlaufen. Noch steht das Vorprojekt nicht, weshalb der Kostenrahmen offen ist. (sdu)

aus Wilen sagte, 3,8 Millionen sei für dieses Projekt ein zu hoher Betrag. Auch Wilens Gemeindegemeinsamer Mitarbeiter Hase Rombach fand die Massnahmen «übertrieben». «Es braucht eine langfristige Optik. Je länger wir zuwarten, desto teurer wird es», entgegnete Enderli. Volksabstimmungen werden für dieses Projekt voraussichtlich keine nötig sein, da die Gemeinden das Geld als «gebundene Ausgabe» sprechen.

Bis in einem Jahr soll das bestehende Vorprojekt optimiert und verfeinert werden. Im Herbst 2020 soll dann ein bewilligungsfähiges Hochwasserschutz-Projekt vorliegen. Da danach mit Einsparungen gerechnet wird, ist noch offen, wann die Massnahmen effektiv umgesetzt werden. Vor dem Jahr 2021 wird dies nicht der Fall sein.